

Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckanschrift
Tageblatt Riesa,
Ferneuf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Zirkulare:
Riesa Nr. 52.

Nr. 121.

Donnerstag, 26. Mai 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Publikationsverweigerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerkter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe von Einlagen oder durch Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Saalschlacht im Preussischen Landtag

Nach glatt durchgeführter Wahl des Präsidiums blutige Schlägereien zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten.

Abg. Berlin. Die zweite Plenarsitzung des neuen Preussischen Landtags vom Mittwoch brachte die ersten bedeutenden materiellen Entscheidungen. Vor äußerst hart befehltem Plenum und überfüllten Tribünen eröffnete Alterspräsident Wilmann die Sitzung, ohne diesmal von seiner Fraktion mit dem Faschistengruß begrüßt zu werden. Er führte aus, er habe aus der Presse erfahren, daß in der konstituierenden Sitzung beleidigende Angriffe von der äußersten Linken erfolgt seien. Soweit sie ihn persönlich betrafen, könne er sich auf den Standpunkt stellen, daß er von dieser oder jener Seite überhaupt nicht beleidigt werden könne. Wenn aber gerufen worden sei: „Nieder mit den kaiserlichen Generalen“, so sei damit auch der Generalfeldmarschall von Hindenburg beleidigt. Er würde das geduldet haben, wenn er hätte feststellen können, wer die Beleidiger waren. Die Kommunisten, die die Ausführungen des Alterspräsidenten durch Zurufe unterbrachen, erklärten im Abhor, die ganze Fraktion habe den Ausruf gegen die Generale getan, worauf Wilmann bemerkte: „Na, das spricht nicht für Ihre Fraktion!“

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einem feinen Geschäftsordnungsgeplänkel, wobei Anträge verschiedener Fraktionen in die Ausschussberatung verwiesen wurden. Dies ging nicht ohne kleine Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ab, wobei Abg. Kasper (Komm.) dem Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) zurief: „Sie sind mir zu arisch, mit Ihnen unterhalte ich mich nicht!“

Ehe die Wahl des Landtagspräsidiums begann, die als erster Gegenstand auf der gedruckten Tagesordnung stand, erklärte Abg. Lohse (Nat.-Soz.), daß seine Fraktion bereit sei, sich den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten anzuschließen. Er beantragte, den Abg. Kerll (Nat.-Soz.) als Vertreter der stärksten Fraktion zum Präsidenten zu wählen. Seine Fraktion werde ihr Verhalten bei der Wahl der Vizepräsidenten von dem Verhalten der Fraktionen gegenüber der Kandidatur Kerll abhängig machen. Abg. Koenen (Komm.) meinte, die Nationalsozialisten seien mit dieser Zustimmung zu den Gepflogenheiten des parlamentarischen Systems Teilhaber des von ihnen bisher bekämpften Systems geworden. Abg. Weilmann (Soz.) wiederholte seine Ausführungen aus dem Vortage, wonach die SPD. nicht für einen Nationalsozialisten stimmen könne, zumal die NSDAP. auch nicht den Anspruch der stärksten Fraktion anerkannt hätte, wenn die SPD. diese Fraktion gewesen sei. Abg. Rube (Nat.-Soz.) wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten sich daran gewöhnen müßten, daß der neue Landtag ein politisch anderes Bild zeige als der alte. Nachdem noch Abg. Viedt (Komm.) bemerkt hatte, das Zentrum zeige der SPD. jetzt die Treue, indem es für den Nationalsozialisten stimme, folgte der eigentliche Wahlakt, der mit alphanumerischem Namensaufruf sämtlicher Abgeordneter in geheimer Zettelwahl durchgeführt wurde und sich mehrere Stunden lang hinzog.

Für die Wahl des Landtagspräsidenten wurden bekanntlich 416 Stimmen abgegeben. Davon waren sechs Beträge unbeschrieben, einer ungültig. Von den gültigen 409 Stimmen erhielt der Nationalsozialist Kerll 263 und damit über die absolute Mehrheit, so daß er zum Landtagspräsidenten gewählt war. Er übernahm sofort die Geschäfte und wurde von seinen Freunden mit Händeklatschen und dem Faschistengruß empfangen, als er das Präsidium betrat. Die Kommunisten riefen: „Von Zentrum's Gnaden!“

Präsident Kerll dankte in seiner Antrittsrede zunächst dem Alterspräsidenten. Als er von der einzigartigen Erhebung des preussischen Volkes sprach, aus der am 21. April die Nationalsozialisten als stärkste Partei hervorgegangen waren, kam es zu großer Unruhe links und man rief: „Die erste Provokation!“

Der Präsident wandte sich den Kommunisten mit der Bemerkung zu, sie hätten gestern schon die Güte ihres Stimmentrages erwiesen und es liege in ihrem Interesse, dazutun, ob auch der notwendige Bestand bei ihnen vorhanden wäre. Die Nationalsozialisten klatschten Beifall, die Kommunisten riefen: „Frecher Bursche!“ worauf der neue Präsident sofort Gelegenheit erhielt, Ordnungsrufe auszusprechen und zwar an die kommunistischen Abg. Kasper und Viedt.

Bei der Präsidentenwahl hatten die Sozialdemokraten für ihren Kandidaten Wittmann gestimmt, der 92 Stimmen erhielt, während der Kandidat der SPD., Kasper, in diesem wie in den folgenden Wahlgängen jeweils die 55 Stimmen seiner Fraktion auf sich vereinigte. Da die SPD. also weder für Kerll gestimmt noch sich der Stimme enthalten hatte, beteiligte sich der größte Teil der Nationalsozialisten nicht an der Abstimmung, als der erste Vizepräsident zur Wahl stand. Nur 81 Nationalsozialisten gaben leere Zettel ab, wohl um die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht zu gefährden. Die Deutschnationalen beteiligten sich gleichfalls nicht an der Abstimmung. Von den insgesamt abgegebenen 289 Stimmen entfielen 167 auf den Abgeordneten Wittmann (Soz.), 81 Zettel waren un-

beschrieben, eine Stimme ungültig. Der bisherige Landtagspräsident Wittmann war somit zum ersten Vizepräsidenten gewählt und nahm die Wahl an.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Abg. Baumhoff (Ztr.) gewählt mit 84 von 410 abgegebenen Stimmen; diesmal waren drei Zettel unbeschrieben.

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten, Abg. Dr. v. Kries (Ztr.), beteiligten sich die Sozialdemokraten nicht an der Zettelabgabe. Dr. v. Kries wurde mit 254 von insgesamt abgegebenen 306 Stimmen gewählt.

Das Haus bestimmte dann durch Zuruf die zwölf Beisitzer, zwei für die Nationalsozialisten, drei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsabgeordnete und je einen Kommunisten und Deutschnationalen. Eine Reihe von Anträgen verschiedener Fraktionen wurde ohne Aussprache den Ausschüssen überlassen, darunter ein nationalsozialistischer Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung der neuen Geschäftsordnung.

Auf der Tagesordnung hatten nun noch einige Anträge gestanden, die man nach kurzer Debatte in die Ausschüsse verwiesen haben würde. Es war eigentlich keine „Sensation“ mehr zu erwarten, ein großer Teil des Publikums verließ das Haus; Pressevertreter und einige Fotografen schlossen sich an, als sich plötzlich gemurmelt an „heisterem Himmel“ die blutigste Schlägerei entwickelte, die der Preussische Landtag je erlebt hat. Sie ereignete sich im Anschluß an eine Geschäftsordnungsdebatte, die der Abg. Dr. Freisler (Nat.-Soz.) einleitete. Er eruchte das Haus, sofort einen Antrag anzunehmen von drei Nationalsozialisten aus Elberfeld zu behandeln, die am Donnerstag verurteilt werden sollten und gegen die der Staatsanwalt 7 bis 10 Jahre Zuchthaus beantragt habe, obwohl sie in berechtigter Notwehr gehandelt hätten. Eine scharfe Kritik an preussischen Staatsanwälten folgte, worauf auf der Linken wie Rechte, des Hauses sich eine steigende Erregung bemerkbar machte, die noch wuchs, als die Sozialdemokraten Widerspruch gegen die sofortige Behandlung des Antrages erhoben und als Abg. Weilmann (Soz.) darlegte, es sei Sache des Gerichts, schlichtzustellen, ob die drei Elberfelder Nationalsozialisten Mörder seien oder ihre Tat in Notwehr begangen hätten. Der Kommunist Viedt brachte die Bombe zum Platzen, als er — nachdem Abg. Rube (Nat.-Soz.) gemeint hatte, 80 Prozent der preussischen Staatsanwälte gehörten auf die Anklagebank — ausführte, die NSDAP. habe den Arbeitermord eingeführt. „In Ihren Reihen“, so konnte er noch den Nationalsozialisten zurufen, „steht eine ungeheure Zahl von Mördern“, als die Nationalsozialisten auch schon mit erregten Gebärden auf die Rednertribüne auftraten. Von der Linken Seite drangen die Kommunisten auf sie ein. Vizepräsident Baumhoff gelang es nicht mehr, die Streitenden zu trennen. Ehe er den Präsidentenstuhl verlassen konnte, hatte schon eine

Schwere Schlägerei

zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten

eingeleitet. Soweit man von den Tribünen die im raschen Lauf sich vollziehenden Ereignisse beobachten konnte, schlug plötzlich ein kommunistischer Abgeordneter auf den Nationalsozialisten Hinkler ein.

Die Nationalsozialisten gingen jetzt auch ihrerseits zum aktiven Angriff vor. Man schlug weniger mit Fäusten aufeinander ein, als mit allen möglichen scharfen Gegenständen, die irgendwie zu erreichen waren. Die schweren Stühle von der Regierungsbank wurden ebenso in die Reihen der Kommunisten geschleudert wie die Belegschaftstische, die man von den Plätzen der Stenographen herandrückte.

Ein ungeheurer Tumult entstand.

Holzwerkzeugen von den Barrikaden um das Rednerpult wurden abgerufen, Stuhlbeine als Schlaginstrumente verwendet, Wasserläufer, die schwere Uhr vom Platz der Reihiger, Tintenläser, Schubstühle aus den Händen der Abgeordneten und alles was sonst noch mit äußerster Gewalt sich von der soliden Einrichtung des Plenarsaalgebäudes abmontieren ließ, diente als Waffe.

Die kommunistische Fraktion mit ihren 57 Mann wurde von den 162 Nationalsozialisten hauptsächlich im Au aus dem Saale herausgeschlagen. In dem Wirrwarr konnte man zunächst nicht unterscheiden, von welcher Seite intensiver geschlagen wurde.

Als der Saal einigermaßen leer war, erhoben sich die Nationalsozialisten, die zu ihrem Sektor zurückgekehrt waren, und sangen das Dorn-Büchel-Lied, während sie zu gleicher Zeit die Hand zum Faschistengruß erhoben. Zahlreiche Tribünenbesucher spendeten ihnen Beifall.

Währenddessen wurden die schwerer verletzte Abgeordneten der Linksparteien aus dem Sitzungssaal in das Krankenzimmer des Landtags getragen, wo der Zentrumsabg. Dr. med. Bester die erste ärztliche Hilfe leistete. Es stellte

sich heraus, daß besonders schwer der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Jürgensen verletzt worden ist. Er hat eine leichte Gehirnerschütterung und eine so schwere Kieferverletzung davongetragen, daß Dr. Bester ihn noch im Landtagssaal nähen mußte, ehe man Jürgensen ins Krankenhaus abtransportierte. Weiter wurden einige kommunistische Abgeordnete schwerer verletzt. Der Kommunist Krämer-Niederhöfner wurde betraut mit völlig verbundenem Kopf nochmals den Saal, um seine Sachen abzuholen. Das Blut drang durch den Rotverband und ließ ihn über das Gesicht. Er rief den Nationalsozialisten zu: „Zwanzig für einen, Ihr Hunde!“

Die Beamten des Hauses mußten ein Trümmerfeld übersehen, als sie die schweren Sachschäden im Sitzungssaal feststellen wollten. Vor dem Zimmer des Vizepräsidenten hatten sich viele nationalsozialistische Abgeordnete gesammelt, die mit einem Mal einen Mann, der ein Kriminalbeamter zu sein schien, in ihre Mitte nahmen und mit Gewalt aus dem Hause herausführten.

Später ergab sich, daß auch einer der Stenographen eine leichte Verletzung am Kopf erlitten hatte.

Bis zum nächsten Plenarsitzungstag, dem 1. Juni, wird festgestellt sein, ob die Mehrheit der Fraktionen ein Interesse an polizeilicher Untersuchung des Zusammenstoßes hat und welche Folgerungen daraus zu ziehen sind.

Nach der Landtagschlägerei

Im Preussischen Landtag ging es gestern bis in die späten Abendstunden noch recht lebhaft zu. Man besprach die wüsten Vorgänge im Sitzungssaal und deren politische Folgen. Von der Polizei wird übrigens eine Untersuchung erst eingeleitet werden, falls von sozialdemokratischer Seite ein Straf Antrag eingeht, was angesichts der schweren Verletzung des sozialdemokratischen Abgeordneten Jürgensen nicht ausgeschlossen ist.

Zunächst aber hat der einzige Beschluß, zu dem der Vizepräsident gelangen konnte, daß es nämlich mit der nächsten Sitzung bei Mittwoch, dem 1. Juni, bleiben soll, das Gute, daß sich inzwischen Zeit zu einer ruhigen Beurteilung der Vorgänge und ihrer Konsequenzen findet. Darüber ist man sich allgemein klar, daß die Vorgänge den Möglichkeiten eines parlamentarischen Arbeitens in Preußen überhaupt den bisher schwersten Schlag verzielt haben.

Vor dem Zwischenfall sah man die Koalitionsfrage in preussischen parlamentarischen Kreisen noch so an, daß der Verlauf der Präsidentenwahl, die sich in höflichen und parlamentarisch regelrechten Formen vollzogen hatte, die Möglichkeit zu späteren Koalitionsbesprechungen eröffnete. Im Gegenlag zu diesen Auffassungen wurden alle erwarteten Möglichkeiten am Abend besonders in Kreisen der Zentrumsfaktion außerordentlich skeptisch beurteilt, und zwar ganz unabhängig von der Schulfrage, zumal einwandsfrei feststeht, daß der erste tödliche Angriff von einem kommunistischen Abgeordneten ausging.

Das Bestreben des Zentrums geht nun offenbar dahin, zunächst eine Klärung und Beruhigung abzuwarten. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß es keine nächste Fraktions-sitzung erst am Mittwoch vor dem Beginn der Landtags-sitzung abhalten will. Diese Taktik dürfte auch dafür sprechen, daß es zum mindesten verfrüht ist, wenn in parlamentarischen Kreisen bereits die Einsetzung eines Reichskommissars als die einzige Möglichkeit angesehen wird.

Nationalsozialistische Erklärung

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion gibt eine umfangreiche Erklärung heraus, in der den Kommunisten eine bewußte Provokation der Nationalsozialisten vorgeworfen wird. Die Fraktion habe durch ihr diszipliniertes Auftreten in der Dienstag- und Mittwochsitzung bewiesen, daß sie den Preussischen Landtag arbeitsfähig erhalten wolle. Als man aber den Fraktionsgeschäftsführer hinkler ohne jeden Anlaß mitten ins Gesicht schlug, sei der Fraktion nichts anderes übrig geblieben, als zur Notwehr gegen den organisierten schweren Landfriedensbruch der marxistischen Fraktionen zu greifen. Jeder rechtlich denkende Deutsche werde Verständnis dafür haben, daß die größte Fraktion, die es im Landtag je gegeben habe, beim Verlagen aller anderen Mittel ebenso verfare, wie jeder deutsche Mann, wenn er grundlos von einem Kaufbolde tödlich angegriffen werde. Die NSDAP ist entschlossen, nur mit gesetzlichen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gesetzlosigkeit und Gewalt entgegenzieht, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Inanspruchnahme der gesetzlich zulässigen Notwehr die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen.